

forum

„Willkommen im
Katastrophengebiet!“

forum -
gedruckt lesen,
als PDF lesen
oder abbestellen?
Infos dazu siehe
Editorial



Rechtsruck oder Abneigung gegen die bestehenden Verhältnisse?

Mit ca. 20 Prozent der abhängig Beschäftigten hat Deutschland (nach Litauen) den zweitgrößten Niedriglohnsektor in der EU. Niedriglöhne, befristete Verträge und Leiharbeit können kaum noch als „atypische Beschäftigung“ bezeichnet werden. Diese Phänomene gehören längst zur bitteren Realität – vor allem im Bildungssektor. So werden mittlerweile weit mehr als zwei Drittel der 5.400 wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen an der Universität zu Köln nur noch auf Zeit eingestellt.

Ein weiteres drängendes Problem ist der Mangel an Wohnraum, der in manchen Regionen für viele unbezahlbar wird. Trotz hochgelobter GroKo-„Mietpreisbremse“ konnte der rasante Anstieg der Mieten in den Städten nicht verhindert werden. Immer mehr Menschen müssen einen unfassbar hohen Anteil ihres Einkommens für die Miete bereit halten, was die Ausgaben für die eigenen Kinder, private Anschaffungen oder den Urlaub schmälert. Die Verdrängung aus den Innenstädten nimmt zu. Die Folge ist eine Preisexplosion in den umliegenden Gemeinden. Köln und die benachbarten Kreise sind dafür ein Paradebeispiel. Ein Paradies ist Deutschland allein für die Menschen, die mit Immobilien spekulieren.

Und nun sieht alles danach aus, dass CDU/CSU, FDP und Grüne die nächste Regierung bilden werden. Stehen diese Parteien für soziale Gerechtigkeit und sichere Arbeitsplätze?

Weil wieder einmal die Mär verbreitet worden ist, dass weniger „Ausländer*innen“ zu einem besseren Leben für „Inländer*innen“ führen – und weil viele mit ihrem Wahlschein einfach schocken wollten – konnte die AfD ihren Triumphzug fortsetzen. Gefühlte und tatsächliche Ungerechtigkeit haben (wie schon im Falle der NRW-Landtagswahl) auf der Wahlebene zu einem drastischen Rechtsruck geführt. Doch haben wir es auch mit einem gesellschaftlichen Rechtsschwenk zu tun?

Gerade das Bundestagswahlergebnis in Bayern zeigt, dass eine möglichst rechte Politik einer etablierten Partei der AfD nicht das Wasser abgräbt. Die CSU, die hier von „Ober-“ und „geschlossenen Landesgrenzen“ gesprochen hatte, musste das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte verzeichnen. Im Freistaat konnte die AfD indes ihr bestes westdeutsches Ergebnis einfahren und kommt dort auf 12,4 Prozent (NRW: 9,4 Prozent).

Umfragen zufolge sollen 60 Prozent der AfD-Wähler*innen der Partei nicht aus Überzeugung ihre Stimme gegeben haben. Ein weiteres Indiz, dass die These von der Abneigung gegen die Etablierten eher greift als die Einschätzung, die Deutschen würden nach rechts tendieren, liefert ein Blick in die NRW-Wahlkreise. Wie schon bei der Landtagswahl wurden die Regierungsparteien abgestraft. SPD und CDU hatten die politische Verantwortung für die gesellschaftliche Realität und haben nun die Antwort erhalten. Die extremsten Zahlen:

	AfD	SPD	CDU
Herne/Bochum II	13,4	-9,6	-4,6
Essen II	15,0	-9,9	-5,0
Duisburg II	15,4	-8,8	-4,1
Gelsenkirchen	17,0	-10,6	-5,3

Ob das Ergebnis der Bundestagswahl wirklich zum Wachrütteln führt, liegt vor allem an uns. Wenn das (Wahl-) Volk immer nur alle vier Jahre seine Unzufriedenheit bekundet, muss es sich nicht wundern, dass sich substantiell nichts ändert. In der Zwischen-Zeit erhält ein/-e Bundestagsabgeordnete/-r übrigens 9.542 Euro brutto im Monat (plus steuerfreier Aufwandspauschale von monatlich 4.318 Euro).

Was die AfD auf jeden Fall verändern wird, ist die Atmosphäre im Land. Und das verheißt nichts Gutes.

Es grüßt euch eure „forum“-Redaktion

Hinweis vom Titel: Ihr könnt das forum auch als digitale Version per Email beziehen oder ganz abbestellen, wenn ihr nicht weiter daran interessiert seid. Bitte schickt eine Email an forum@gew-koeln.de

forum 4-2017

IN KÜRZE	04
KALENDERBLATT	06
TITEL	
Arbeitskräftemangel	08
INTERNATIONALES	
DGB-Aufruf #NO2PERCENT	10
Bericht von der „Welcome United“-Parade in Berlin	12
Spendenaufruf für Akhanli	13
Schreibwerkstatt für benachteiligte Jugendliche	14
GEW intern	
Junge GEW	16
Jubilarfest	18
Aktive Ruheständler*innen	22



Auf den Internetseiten www.gew-koeln.de oder auf www.gew-nrw.de sind aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Nach der Eingabe des Benutzernamens (= Nachname mit großem Anfangsbuchstaben) und der Mitgliedsnummer (sie hat 10 Ziffern und steht auf dem Mitgliedsausweis oder auf dem Adressaufkleber der NDS oder dem forum) stehen weitere Daten vollständig zur Verfügung. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben als pdf-Datei heruntergeladen werden.

IMPRESSUM

Herausgeber
Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband Köln
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln
Erscheint fünfmal im Jahr
Bezugspreis: 1,25 Euro.
Für GEW-Mitglieder ist der Bezug
im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Leserbriefe geben nicht in jedem
Fall die Meinung der Redaktion
wieder.
Redaktion: Eva Hering, Guido

Schönian (verantw. Redakteur),
Jutta Jilg, Stefan Schüller
Geschäftsstelle:
Montag, Dienstag, Donnerstag
10.00 Uhr bis 16.00 Uhr
Mittwoch, 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Freitag 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr
Telefon 02 21 51 62 67
Telefax 02 21 52 54 46
Homepage: www.gew-koeln.de
E-Mail: kontakt@gew-koeln.de
Konto: BBBank eG
IBAN DE93 6609 0800 0000 8831
07

TELEFONISCHE RECHTSBERATUNG

02 21 51 62 67

Montag und Donnerstag
17.00 bis 19.00 Uhr
und nach Vereinbarung

In den Ferien:
Landesrechtsschutzstelle
02 01 29 04 03 37

Druck: Zimmermann GmbH, Köln
Vertrieb: GWK, Köln

Layout: Atelier Goral, Köln
Titelfoto: Horst Larog
**Redaktionsschluss nächste
Ausgabe:** 4.11.2017





Schüler*innen der Elly-Heuss-Knapp-Realschule in Köln-Mülheim bei der Preisverleihung im Juni 2017

FÖRDERPREIS FÜR RECHTSRHEINISCHE SCHULEN

1.000 Euro für eine Schülerarbeit zur Geschichte

Die Werkstatt für Ortsgeschichte Köln-Brück e.V. rief in Erinnerung an ihren stellvertretenden Vorsitzenden den „Reinhard-Engert-Preis für Geschichte“ ins Leben.

Reinhard Engert, einer der Gründungsmitglieder der Geschichtswerkstatt, begleitete und unterstützte bis zu seinem Tod im Herbst 2013 die Werkstatt und vererbte ihr eine bedeutende Summe Geld.

Der Preis ist mit **1.000 Euro** dotiert. Sonderpreise sind möglich. Um den Preis bewerben können sich Schüler*innen, Klassen oder Kurse rechtsrheinischer Kölner Schulen der Sekundarstufen I und II der entsprechenden Schulformen.

Verliehen wird der Preis für herausragende Arbeiten über:

- Ortsgeschichte (rechtsrheinisch)
- Biografien
- Familiengeschichten
- historische Begebenheiten
- historische Prozesse
- Migrations- und Fluchtgeschichten

Dabei soll in den Arbeiten zum einen ein Gegenwartsbezug hergestellt und zum anderen der persönliche Erkenntnisgewinn formuliert werden.

Bewerbungen für den „Reinhard-Engert-Preis für Geschichte“ müssen auf postalischem Weg an die Adresse der Werkstatt für Ortsgeschichte Köln-Brück e.V. eingereicht werden.

Werkstatt für Ortsgeschichte Köln-Brück e.V.
c/o Brigitte Bilz
Wiehler Straße 25
51109 Köln

Die Bewertung und spätere Prämierung geschieht durch eine Jury, die durch die Werkstatt für Ortsgeschichte Köln-Brück e.V. benannt worden ist. Ihr gehören als wissenschaftliche Fachleute Dr. Karola Fings und Prof. Dr. Michael Klöcker an, außerdem Pfarrer Franz Meurer und die Vorsitzende der Geschichtswerkstatt Brigitte Bilz.

Die Preisverleihung soll in der Schule der Preisträger in einer kleinen Feier stattfinden. Im letzten Schuljahr erhielt die Elly-Heuss-Knapp-Realschule aus Köln-Mülheim den Reinhard-Engert-Förderpreis für Geschichte in Höhe von 500 Euro. Die feierliche Überreichung der Urkunde fand am 20. Juni 2017 in der Realschule in Köln-Mülheim statt. Dabei präsentierte die Arbeitsgemeinschaft Geschichte in einer PowerPoint-Vorführung ihre Gemeinschaftsarbeit.

§

NEUES AUS DER RECHTSPRECHUNG

PRESSEMITTEILUNG NR. 10/17 VOM 03.04.2017
DES LAG BERLIN

Ablehnung eines Bewerbers für ein Lehramt aufgrund fehlender charakterlicher Eignung

Das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg hat einen Anspruch eines zunächst ausgewählten Bewerbers auf eine Einstellung als Lehrer abgelehnt. Damit hat das Landesarbeitsgericht eine Entscheidung des Arbeitsgerichts Berlin bestätigt.

Das Land Berlin hat dem Bewerber eine Einstellung als Lehrer in Aussicht gestellt, diese aber nach Einholung eines erweiterten Führungszeugnisses abgelehnt. In dem erweiterten Führungszeugnis des Bewerbers ist ein Strafbefehl des Amtsgerichts Tiergarten aufgeführt. Nach diesem rechtskräftigen Strafbefehl wurde der Bewerber wegen versuchten Betrugs zu einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen verurteilt, weil er ohne gültigen Fahrschein S-Bahn gefahren und bei der Fahrscheinkontrolle einen verfälschten Fahrschein vorgezeigt habe.

Das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg hat entschieden, damit fehle dem Bewerber die für eine Einstellung als Lehrer gemäß Artikel 33 Abs. 2 Grundgesetz erforderliche charakterliche Eignung. Eine rechtsverbindliche Zusage einer Einstellung sei entgegen der Auffassung des Bewerbers nicht erfolgt.

Das Landesarbeitsgericht hat die Revision an das Bundesarbeitsgericht nicht zugelassen. Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg, Urteil vom 31.03.2017 - 2 Sa 122/17

Einsendeschluss für das neue Schuljahr 2017/18 ist der 17. März 2018 – eine Woche vor Beginn der Osterferien



PRESSEMITTEILUNG NR. 29/17 VOM 29. JUNI 2017 DES BUNDESARBEITSGERICHTS

Keine Anrechnung von Tätigkeiten im Beamtenverhältnis als Beschäftigungszeiten i.S.v. § 34 Abs. 3 TV-L

Es verstößt nicht gegen höherrangiges Recht, dass Beamtenverhältnisse nicht in die Beschäftigungszeit des § 34 Abs. 3 TV-L einbezogen werden.

Das beklagte Land Nordrhein-Westfalen beschäftigt die Klägerin seit dem Jahr 2013 als angestellte Lehrerin. Zuvor war die Klägerin über 13 Jahre lang beamtete Lehrerin des Freistaats Thüringen. Die Klägerin will die Zeit ihres Beamtenverhältnisses als Beschäftigungszeit i.S.v. § 34 Abs. 3 TV-L festgestellt wissen. Wechseln Beschäftigte zwischen Arbeitgebern, die vom Geltungsbereich des TV-L erfasst werden, werden die Zeiten bei dem anderen Arbeitgeber nach § 34 Abs. 3 Satz 3 TV-L als Beschäftigungszeit anerkannt. Die Klägerin meint, § 34 Abs. 3 TV-L knüpfe an die Vorgängernorm des § 19 Abs. 3 BAT an, die Beamtenverhältnisse berücksichtigt habe, obwohl Beamtenverhältnisse in § 34 Abs. 3 TV-L nicht erwähnt seien.

Die Vorinstanzen haben die Klage abgewiesen. Die dagegen gerichtete Revision der Klägerin hatte vor dem Sechsten Senat des Bundesarbeitsgerichts keinen Erfolg. § 34 Abs. 3 Satz 3 TV-L berücksichtigt nach seinem Wortlaut, Zusammenhang und Zweck nur Arbeitsverhältnisse bei einem anderen Arbeitgeber im Geltungsbereich des TV-L. Die Tarifwerke des TV-L und des TVöD wurden aus dem BAT und dem BAT-O entwickelt. Daraus ist zu schließen, dass die Tarifvertragsparteien Beamtenverhältnisse bewusst von der Beschäftigungszeit des § 34 Abs. 3 TV-L ausnehmen wollten. Sie hätten sonst eine § 19 Abs. 3 BAT/BAT-O vergleichbare Regelung getroffen. Deshalb besteht kein Raum für eine Analogie. Der Begünstigungsausschluss verletzt Art. 3 Abs. 1 GG nicht. Bei Tätigkeiten in Beamtenverhältnissen handelt es sich mit Blick auf den weiten Gestaltungsspielraum der Tarifvertragsparteien nicht um Sachverhalte, die mit Beschäftigungen in Arbeitsverhältnissen vergleichbar sind. § 34 Abs. 3 TV-L verstößt auch nicht gegen die Arbeitnehmerfreizügigkeit des Art. 45 AEUV. Frühere Beschäftigungszeiten in Arbeitsverhältnissen der Klägerin mit dem Land Brandenburg und dem Freistaat Thüringen in den Jahren 1998 bis 2002 konnten nicht in die Beschäftigungszeit einbezogen werden, weil die Klägerin daraus wegen des dazwischenliegenden Beamtenverhältnisses nicht in das jetzige Arbeitsverhältnis mit dem Land Nordrhein-Westfalen „wechselte“.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 29. Juni 2017 - 6 AZR 364/16 -; Vorinstanz: Landesarbeitsgericht Hamm, Urteil vom 7. April 2016 - 11 Sa 1468/15 -

TERMINE NOVEMBER / DEZEMBER



Supervision für Lehrkräfte

Lehrerinnen und Lehrer empfinden sich oft als Einzelkämpfer und sind bemüht, Schwierigkeiten allein und fehlerfrei zu bewältigen. Ob Unsicherheit, Unzufriedenheit mit sich selbst, Probleme im Umgang mit Schüler*innen oder mit der Schulleitung – mit ihren beruflichen Sorgen bleiben Lehrer*innen häufig allein.

Insbesondere Referendar*innen und Berufsanfänger*innen fühlen sich häufig einem hohen Erwartungsdruck ausgesetzt und stehen im Rahmen ihrer dienstlichen Beurteilungen in einem besonderen Abhängigkeitsverhältnis. Aber auch das Gefühl, von den Kolleg*innen als „Anfänger*innen“ kritisch beäugt zu werden, führt oft zu Unsicherheiten und Belastungen. Gerade auch für diese Gruppe soll das Supervisionsangebot der GEW eine Unterstützung darstellen.

In der Supervision werden berufliche Probleme aufgegriffen, um dann gemeinsam in der Gruppe nach Lösungen zu suchen.

Durch die Reflektion des eigenen Handelns erfahren Lehrer*innen Stärkung in ih-

rer beruflichen Rolle sowie persönliche Entlastung. Darüber hinaus fördert die kollegiale Diskussion einen leichteren Umgang mit problematischem Schüler*innenverhalten und hilft bei Problemen im Kollegium. Damit leistet die Supervision einen wesentlichen Beitrag zu einer höheren Arbeitszufriedenheit.

Der Stadtverband Köln der GEW bietet zwei Supervisionsgruppen an, die sich alle 3-4 Wochen jeweils dienstags bzw. donnerstags treffen. Die Termine werden mit den Teilnehmer*innen und dem Supervisor jeweils für 4 Termine beim 1. Treffen vereinbart. Kosten für 4 Termine: GEW-Mitglieder 40 Euro (Nichtmitglieder 80 Euro).

Moderiert werden die Gruppen von Frank Schneider (Systemischer Supervisor (SG) und IBSO-Köln).

Melden Sie sich einfach bei uns (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de) und nutzen Sie das sehr günstige Angebot des Stadtverbands Köln der GEW zur Supervision - verschaffen Sie sich den Über-Blick!

November 2017

6.11.2017, 17 Uhr, Großer Saal, **AK LEMK**

6.11.2017, 18 Uhr, kl. Sitzungszimmer,
JungeGEW Montags-Meeting

08.11.2017, 17.30 Uhr, **FG Hochschule und Forschung**,
TH Köln Campus Südstadt, Ubierring 48, Raum
207/208

13.11.2017, 18.30 Uhr, kl. Sitzungszimmer, **AK Kita**
„Integration von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf
mit Eingliederungshilfe in den Kitas“

16.11.2017, 9 Uhr, **Lehrerräte-Schulung** „Basisqualifizierung“

16.11.2017, 11.45 Uhr, **Aktive Ruheständler*innen**,
Von Der Heydt-Museum Wuppertal „Edouard Manet“

20.11.2017, 18 Uhr, kl. Sitzungszimmer, **AK Angestellte**

29.11.2017, 18 Uhr, Großer Saal, **Mitgliederversammlung** „Diskussion und Verabschiedung einer neuen
Satzung“

Dezember 2017

04.12.2017, 17 Uhr, Großer Saal, **AK LEMK**

04.12.2017, 18 Uhr, kl. Sitzungszimmer,
JungeGEW Montags-Meeting

11.12.2017, 18 Uhr, kl. Sitzungszimmer, **AK Angestellte**

12.12.2017, 9 Uhr, **Lehrerräte-Schulung** „Systematisch,
rechtssicher und erfolgreich als Lehrerrat arbeiten“

13.12.2017, 17.30 Uhr, **FG Hochschule und Forschung**,
Biozentrum der Universität zu Köln, Zülpicher Str. 47b,
Raum 2.009

19.12.2017, 13.15 Uhr, **Aktive Ruheständler*innen**,
Wallraf-Richartz-Museum „Tintoretto – A Star Was
Born“

AK Homosexuelle Lehrer*innen

Ziele der Gruppe sind gleichermaßen Erfahrungsaustausch über die Situation an der Schule und (bildungs-) politische Arbeit. Zu beiden Arbeitsfeldern treffen wir uns außerhalb der Schulferien an jedem ersten Donnerstag oder Freitag im Monat, meist um 19 Uhr.

Arbeitsgremien zum Mitmachen!

FACHGRUPPEN

Jedes Mitglied ist aufgrund seines Tätigkeitsfeldes einer Fachgruppe zugeordnet. Die Fachgruppen vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und unterstützen die Kolleg*innen.

BERUFSSKOLLEG

Jörg Buschmann, 0211-743497,
joerg.buschmann@gew-nrw.de

Thomas Wesseler, 0241-911326,
thomaswesseler@arcor.de

FÖRDERSCHULE/ SONDERPÄDAGOGISCHE BERUFE

Heiner Brokhausen, 02227-830567,
heinerbro@web.de

Esther Brandt, 02204-305784,
post@esther-brandt.de

ERWACHSENENBILDUNG

Max-Georg Beier, 0221-361812,
maxbeier@hotmail.com

GESAMTSCHULE

Peter Heim, 0221-743094,
peter.heim@posteo.de

Werner Balfer, 0221-745180,
w.balfer@posteo.de

GRUNDSCHULE

Martina Schütte
schuette-martina@web.de

Anke Bieberstein, 0221-213788,
a.bieberstein@arcor.de

GYMNASIUM

Dr. Alexander Fladerer, 0221-
4304533, fladerer@ish.de

Heike Wichmann, 0221-422354,
heike.wichmann@gmx.net

Andreas Haenlein,
0221-9458678,
andreas.haenlein@yahoo.de

Gudrun Skeide-Panek,
02232-29833,
skeide_panek@web.de

HAUPTSCHULE

Karin Distler, 0221-3981291,
karin.distler@gmx.net

Claudia Seidel, claudia.
seidel1209@googlemail.com

HOCHSCHULE UND FORSCHUNG

Anne Klein,
anne.klein@uni-koeln.de

REALSCHULE

Maria Backhaus, 0221-16932167,
mariabackhaus@netcologne.de

Katrin Reininghaus, 0221-331647,
katrin.reininghaus@online.de

Elke Görgen-Schmickler, 0221-
419327, elkegoergen@web.de

SOZIALPÄDAGOGISCHE BERUFE/KITA

Brunhilde Seeber,
brunhilde.seeber@icloud.com

ARBEITSKREISE

Arbeitskreise ermöglichen den kollegialen Erfahrungsaustausch zu aktuellen berufsbezogenen und sozialpolitischen Themen.

INKLUSION

Uschi Kellermann, 0221-16846200,
uschi.kellermann@gmx.de

HOMOSEXUELLE LEHRKRÄFTE

Bodo Busch, 0221-9232930, bodo.
busch@netcologne.de

Björn Kiefer, 0170-9913326,
b.kiefer1@gmx.de

LEHRER*INNEN UND ERZIEHER*INNEN VON MIGRAN- TENKINDERN (LEMK)

Beate Kleifgen,
beatekleifgen@web.de

Hasan Taşkale, 02204-55869,
taschkale@gmx.de

Mustafa Ayırtır (HSU), 0172-
7536269,
ayirtir_mustafa@hotmail.de

Helma Rohm-Schnak,
helnorosch@unitybox.de

OFFENER GANZTAG

Hildegard Merten, 0221-526722,
hi.merten@web.de

Max-Georg Beier, 0221-361812,
maxbeier@hotmail.com

SCHULENTWICKLUNG KÖLN

Klaus Minartz, 0221-526722,
klaus.minartz@netcologne.de

AUSSCHÜSSE

Ausschüsse bieten Foren für diejenigen, die sich für die Belange einer bestimmten Personengruppe einsetzen möchten.

AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN

Helga Löbber, 0221-7123869,
klein-loebbert@netcologne.de

Silke Weinberger-Brümmer,
0221-763379,
nc-weinbesi2@netcologne.de

ANGESTELLTE LEHRKRÄFTE

Hildegard Achilles, 0221-2778448,
abhikachilles@web.de

Christina Krauwurst,
christinakrauwurst@gmx.de

Gudrun Skeide-Panek,
02232-29833,
skeide_panek@web.de

Peter Heim, 0221-743094,
peter.heim@posteo.de

JUNGEWE/STUDIERENDE

Martin Mackenbach, martin.
mackenbach@gew-nrw.de

Anneka Hündgen,
hib-koeln@gew-nrw.de





„Willkommen im Katastrophengebiet!“

Gleich zu Beginn des neuen Schuljahres überschlugen sich die Pressemeldungen mit Schreckensszenarien. Fest steht: Der Mangel an qualifizierten Lehrkräften ist hausgemacht. Es trifft zuallererst unsere Schüler*innen – und dann uns selbst.

// **Guido Schönian / GA und „forum“-Redaktion**

Der „Kölner Stadtanzeiger“ schreibt von der „verzweifelten Suche“ nach Lehrer*innen in NRW (01.08.2017), die „Süddeutsche Zeitung“ titelt: „Lehrer für eine Million zusätzliche Schüler gesucht“ (12.07.17). Und der SPIEGEL kommt gar zu dem Schluss: „Mit Ansage gegen die Wand“ (07.08.17). Das Online-Bildungsmagazin „news4teachers“ geht im Zusammenhang mit dem Lehrermangel auf die zunehmende „Unruhe in den Kollegien“ ein und stellt fest, dass das fehlende Personal „für immer mehr Zwangsvertretungen“ sorgt (18.07.2017).

Erschreckendes hat auch die ARD zu bieten, die in der Sendung „Titel, Thesen, Temperamente“ vom 20. August dieses Jahres den Beitrag „Lehrermangel und marode Schulen“ ausstrahlte (abrufbar in der ARD-Mediathek im Internet). Darin werden die Schulen in Deutschland als „Katastrophengebiet“ beschrieben, es ist von „akutem Renovierungsbedarf“ die Rede, der sich auf „sage und schreibe 30 Mrd. Euro“ beläuft, vom „verdrängten Desaster“ und davon, dass „der Kollaps absehbar war, da Kinder schließlich nicht vom Himmel fallen“.

„Demographische Rendite adé“

Unter diesem Titel haben der Bildungsforscher Prof. Klaus Klemm und Dr. Dirk Zorn, Projektleiter der Bertelsmann-Stiftung, eine Studie zu den Folgen der aktuellen Bevölkerungsentwicklung sowie den Auswirkungen auf die allgemeinbildenden Schulen erstellt. Sie kommen zu dem Schluss, dass bis 2030 bundesweit 28.100 zusätzliche Klassen und etwa 42.800 zusätzliche Vollzeitlehrkräfte benötigt werden (allein in NRW 7.200). Demnach komme es deutschlandweit zu Mehrausgaben für Schulgebäude und Personal in Höhe von etwa 4,7 Milliarden Euro.

Die Recherchen der „Ruhrnachrichten“ aus Dortmund haben ergeben, dass in NRW akut 2.139 Lehrer*innen fehlen (25.08.2017). Neben Förderschulen und Berufskollegs sind demzufolge die Grundschulen am stärksten betroffen. Unterdessen lässt das frisch umbenannte „Ministerium für Schule und Bildung“ verlauten, dass es für konkrete Zahlen noch zu früh sei.

Ahilfe?

Die neue Schulministerin Nordrhein-West-

falens, Yvonne Gebauer (FDP), plant, mit dem Kalenderjahr 2018 eine neue Kampagne zur Werbung von Seiteneinsteiger*innen zu starten. Diesen Ansatz hatte bereits ihre Amtsvorgängerin verfolgt und ein eher ernüchterndes Ergebnis erzielt. Laut „WELT/n24“ konnten 2016 auf diese Weise nur „579 Quereinsteiger“ für die Grundschulen gewonnen werden (07.08.2017).

Die GEW NRW beziffert die Anzahl allein der fehlenden Sonderpädagog*innen, die für die Inklusion gebraucht werden, auf 7.000. „Wir fordern ein Aussetzen der Qualitätsanalyse. Auch die Lernstandserhebung VERA3 und die Sprachstandserhebung Delphin4 können vorerst ausgesetzt werden“, so Dorothea Schäfer, unsere GEW-Landesvorsitzende. Das sagte sie im Juni 2016, nachdem die entsprechenden Hinweise der Personalrät*innen allein für den Bezirk Düsseldorf darauf hindeuteten, dass von 443 ausgeschriebenen Stellen an den dortigen Grundschulen 260 nicht besetzt werden würden (vgl.: Pressemitteilung der GEW NRW vom 24.06.2016).

Aktuell ist die Situation bei weitem dramatischer und wird noch verschärft, wenn von der neuen Landesregierung – voraus-

GEW-FORDERUNGEN:

- Bezahlung aller Lehrkräfte unabhängig von der Schulform nach A13Z
- Stellenreserve von acht Prozent
- sorgfältig vorbereitete Rückkehr zu G9 an allen Gymnasien – ohne Nachteile bei der Finanzierung anderer Schulformen
- mehr Geld für die Inklusion
- Einstellung von mindestens 7.000 Sonderpädagog*innen
- Ausbau der Stellen für Schulsozialarbeit und Schulpsychologie

(aus: Pressemitteilung der GEW NRW vom 25.08.2017)

„DRAMA IN DUISBURG“

Beim Thema „Lehrkräftemangel“ wird die Stadt Duisburg immer wieder als Negativ-Beispiel herangezogen. Hanna Tuszyński, GEW-Personalrätin im Bezirk Düsseldorf, meint, „unbeliebte Standorte müssen attraktiver werden“. Sie schlägt folgende Maßnahmen vor:

- an einen Sozialindex gekoppelte reduzierte Klassengröße
- geringere Unterrichtsverpflichtung
- Aufstockung der Ressourcen für Sozialarbeit und
- eine Gehaltszulage.

(aus: www.gew-nrw.de/lehrkraefte-mangel; 19.06.2017)

sichtlich Anfang 2018 – das erforderliche Gesetz zur Rückkehr zu „G9“ an den Gymnasien eingebracht wird.

Die Schulfrage

Wenn wir als GEW schon im letzten Jahr auf die zugespitzte Personalsituation aufmerksam machen mussten, das Problem bis heute aber offenkundig noch zugenommen hat, muss die Frage erlaubt sein, wie es dazu kommen konnte.

Wird nicht jedes Neugeborene in Deutschland amtlich erfasst? Steht nicht heute schon fest, wie viele Kinder in sechs Jahren eingeschult und wie viele im Folgenden die weiterführenden Schulen besuchen werden? Davon abgeleitet dürfte es auch keine Kunst sein, den Bedarf an Lehrkräften weit im Voraus zu berechnen oder zumindest abzuschätzen.

Ein anderer Grund für das Fehlen qualifizierter Lehrkräfte könnte darin bestehen, dass die Berufe im Bildungsbereich seit Jahren unattraktiver werden. Das liegt an den sich verschlechternden Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen, an der ungerechten Bezahlung von Angestellten und Beamt*innen sowie daran, dass die Aufgaben, die eine Lehrkraft heute zu bewältigen hat, (nicht nur aufgrund der sogenannten Inklusion) zugenommen haben.

Am Ende der o.g. ARD-Sendung äußert sich Torsten Heil, Pressesprecher der Kultusministerkonferenz (KMK), zur Frage nach den Ursachen für die Misere: „Ich glaube, dass wir dieses Problem erkannt haben und auf dem Weg sind“. Auf die Nachfrage, weshalb dies so spät erst geschehe, erwidert der KMK-Vertreter: „Die KMK hat sich ganz bewusst 2015 dafür entschieden, die Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen auszusetzen; aufgrund der neu zugewanderten Schüler*innen aus dem Ausland und weil man keine statistischen Unschärfen haben wollte. Jetzt werden wir im Herbst 2018 unsere Zahlen vorstellen und unsere neue Vorausberechnung“.

Das ist in einem Jahr! Und wieso sollten eine Million eingewanderte Menschen

den drastischen Lehrkräftemangel verantworten? Ein Achtzigstel neue Schüler*innen werden wohl kaum für einen Mehrbedarf an Pädagog*innen in der festgestellten Anzahl sorgen können. Das ist Augenwischerei und soll an niedere Instinkte appellieren.

Folge

Der Mangel existiert überall, in allen Schulformen und jedem Bundesland. Maßgebend ist, welcher Bedarf zugrunde gelegt wird, um eine differenziertere Betrachtungsweise zu versuchen. Laut Prof. Klemm ist bereits ein Konkurrenzkampf der Bundesländer um Lehrer*innen im Gange: „Die Reichen kaufen den Armen die Lehrer weg“.

Was die künftigen Lehrkräfte angeht, entscheiden sich anteilig immer mehr Interessierte für das Lehramt am Gymnasium und immer weniger beispielsweise für die Grundschule. Ob das mit der unterschiedlichen Vergütung zu tun hat? Dass die Anzahl der Lehramt-Studienplätze in den letzten Jahren stetig abgenommen hat, hilft sicherlich wenig, den Personalmangel zu beseitigen.

Wenn an uns Lehrer*innen Mangel herrscht, steigt unser „Wert“. Damit nehmen unsere Möglichkeiten der Einflussnahme zu. Wir sollten uns also überlegen, an welcher Stelle und in welchem Rahmen Einfluss geltend zu machen ist. Baustellen gibt es viele: Absenkung des Stundendeputats, Verringerung der Klassengrößen, gerechte Bezahlung aller Lehrkräfte etc. pp. Im Endeffekt würde unser Beruf damit aufgewertet – und es würden sich wieder mehr junge Menschen entscheiden, an Schulen zu arbeiten.

Die „forum“-Redaktion würde sich sehr freuen, wenn wir zum Thema „Personalmangel im Bildungsbereich“ Berichte über konkrete Folgen aus der Praxis erhalten. Schreibt uns einfach, damit wir uns über das „forum“ gegenseitig auf dem Laufenden halten können!



Start der Online-Petition der Kölner Gewerkschaften: **„#NO2PERCENT - Frieden geht anders!“**

Anlässlich des Antikriegstages am 1. September und der anstehenden Bundestagswahl haben die Kölner Gewerkschaften – zusammen mit vielen Erstunterzeichner*innen der Stadtgesellschaft – die Petition „#NO2PERCENT – Frieden geht anders!“ gestartet.
// Pressemitteilung des DGB Köln/Bonn vom 30.08.2017

Die Petition richtet sich gegen das 2-Prozent-Ziel der NATO-Mitgliedsstaaten und fordert die Bundestagskandidaten*innen auf, dieses Ziel abzulehnen. „Das 2-Prozent-Ziel der NATO, das von der Trump-Regierung vehement eingefordert wird, sichert nicht den Frieden sondern führt zu einer neuen Rüstungsspirale. Außerdem: Schon heute verschlingt der Rüstungsetat in Deutschland über 11% des Bundeshaushalts“, so Witich Roßmann, Vorsitzender des DGB Köln.

Und weiter: „30 Mrd. € mehr für den Verteidigungshaushalt – das hat drastische Haushaltskürzungen bei dringenden sozialen, ökologischen, infrastrukturellen und bildungspolitischen Projekten zur absehbaren Konsequenz. Dagegen wollen wir uns rechtzeitig auflehnen. Statt Friedensdividende müssten Arbeitnehmer die Lasten einer neuen Spirale des Wettrüstens tragen. Wir brauchen das Geld für sichere Renten, Bildung, Infrastruktur, soziale Sicherheit“.

Konflikte lassen sich nicht mit Waffengewalt lösen. Wir brauchen verstärkt zivile Strategien zur Friedenssicherung, die an den Ursachen von Kriegen und Konflikten ansetzen. Hierzu gehören vor allem ein fairer Welthandel, eine gerechtere Verteilung des weltweiten Reichtums sowie soziale und ökologische Entwicklungs- und Klimaschutzprojekte.

„Mit der Petition fordern wir alle Bundestagskandidaten und -kandidatinnen auf, eine 2% Verpflichtung für den Verteidigungshaushalt im Koalitionsvertrag der nächsten Bundesregierung abzulehnen“, erklärt der Kölner DGB-Vorsitzende. „Die Wähler*innen haben einen Anspruch auf klare Aussagen der Kandidat*innen für das höchste parlamentarische Amt in Deutschland, das über die Prioritäten der Haushalte in den nächsten vier Jahren entscheidet“.

Ausführliche Informationen zum Thema stehen unter www.Koeln-Bonn.DGB.de/no2percent zur Verfügung. Dort besteht auch die Möglichkeit, sich der Online-Petition anzuschließen.



Die Petition im Wortlaut:

Verteidigungsausgaben sind kein Selbstzweck. Sie sollen ausschließlich der Friedenssicherung dienen. Deshalb ist es unsinnig, die Ausgaben an einen festgelegten Prozentsatz der Wirtschaftsleistung zu koppeln. Das 2-Prozent-Ziel der NATO, das von der Trump-Regierung vehement eingefordert wird, sichert nicht den Frieden sondern führt zu einer neuen Rüstungsspirale. Außerdem: Schon heute verschlingt der Rüstungsetat in Deutschland über 11% des Bundeshaushalts. Schon heute fehlt Geld für Bildung, Soziales und Infrastruktur.

Konflikte lassen sich nicht mit Waffengewalt lösen. Wir brauchen verstärkt zivile Strategien zur Friedenssicherung, die an den Ursachen von Kriegen und Konflikten ansetzen. Hierzu gehören vor allem ein fairer Welthandel, eine gerechtere Verteilung des weltweiten Reichtums sowie soziale und ökologische Entwicklungs- und Klimaschutzprojekte.

Wir lehnen strategische Waffenexporte in Krisen- und Konfliktgebiete sowie an diktatorische oder autokratische Regime grundsätzlich ab. Wir dürfen nicht länger Staaten und Konfliktparteien mit Waffen versorgen, die Krieg, Gewalt und Unterdrückung als Mittel der Politik verstehen.

Wir fordern alle Bundestagskandidaten/innen auf: Erklären Sie ihre Ablehnung einer 2%-Verpflichtung für den Verteidigungshaushalt im Koalitionsvertrag der nächsten Bundesregierung. Setzen Sie sich für eine stärkere und bessere Kontrolle von Waffenexporten ein!

ERSTUNTERZEICHNER*INNEN:

Dr. Witich Roßmann (Vorsitzender DGB-Stadtverband Köln), **Andreas Kossiski** (Geschäftsführer DGB-Region Köln-Bonn), **Roland Schüler** (Friedensbildungswerk Köln), **Franz-Xaver Corneth** (Vorsitzender Mieterverein Köln), **Monika Dierksmeier** (Der Paritätische, Kreisgruppe Köln), **Ulrike Volland Dörmann** (Geschäftsführerin AWO Kreisverband Köln), **Leonie Koch** (Vorsitzende DGB-Jugend Köln), **Hildegard Lülldorf** (Vorsitzende KAB Stadtverband Köln), **Martin Hennig** (Gesamtbetriebsratsvorsitzender Ford), **Günther Wallraff** (Journalist), **Carolyn Kebekus** (Comedian), **Stephan Brings** (Musiker), **Peter Krücker** (Vorstand Caritasverband Stadt Köln), **Wolfgang Uellenberg - van Dawen**, **Angela Bankert** (Geschäftsführerin GEW Stadtverband Köln), **Franz Meurer** (Pfarrer Vingst/Höhenberg), **Hans Mörntter** (Pfarrer Lutherkirche Südstadt), **Wilfried Otten** (EVG Köln), **Mohamed Boudih** (Geschäftsführer NGG Region Köln), **Markus Sterzl** (Geschäftsführer ver.di Bezirk Köln), **Britta Munkler** (stellv. Geschäftsführerin ver.di Bezirk Köln), **Matthias Jakobs** (stellv. Bezirksleiter IG BCE Köln-Bonn), **Dieter Kolsch** (Geschäftsführung IG Metall Köln-Leverkusen), **Wolfgang Rasten** (Geschäftsführung IG Metall Köln-Leverkusen), **Mehmet Perisan** (Bezirksverbandsvorsitzender IG BAU Köln-Bonn), **Ingo Reibel** (Betriebsratsvorsitzender SKF-Leverkusen), **Thomas Rösner** (Betriebsratsvorsitzender Hanon Systems Deutschland GmbH), **Katharina von Hebel** (stellv. Betriebsratsvorsitzende Ford), **Max-Georg Beier** (GEW-Stadtverband Köln Vorstandsmitglied Erwachsenenbildung), **Rafaela Wilde** (Rechtsanwältin), **Ralf Stahl** (Betriebsratsvorsitzender Kuraray Europe GmbH), **Eleonore Schwalbach** (Zanders GmbH), **Marion Peter** (Bayer AG), **Tobias Blecher** (Siegwerk Druckfarben AG & Co. KGaA), **Heike Löllgen** (Lonza Cologne GmbH), **Ralf Denecke** (Gewerkschaftssekretär IG BCE Köln-Bonn), **Volker Geschonneck** (Evonik Industries AG), **Josef Wodara** (Betriebsratsvorsitzender ATLANTIC GmbH), **Eyk Hentschel** (Betriebsratsvorsitzender Akzo Nobel), **Irma Vormbaum-Heinemann** (Rechtsanwältin), **Birgit Nestmann** (Betriebsratsvorsitzende Mazda Motors Deutschland GmbH), **Benjamin Gruschka** (Betriebsrat Ford), **Wilfried Schmickler** (Kabarettist), **Jürgen Roters** (OBe), **Biggi Wanninger** (Stunk Sitzung), **Jürgen Becker** (Kabarettist), **Robert Griess** (Kabarettist), **Björn Heuser** (Musiker), **Elke Görgen-Schmickler** (GA GEW Köln), **Karl-Heinz Breuer** (stellv. Betriebsratsvorsitzender (Basell Polyolefine GmbH), **Tanja Hammacher** (Vorsitzende JAV Ford), **Hildegard Merten** (Vorstand GEW Köln), **Ina Wolf** (Rainbow Refugees Cologne Support Group), **Martin Stankowski** (Publizist), **Paul Schäfer** (MdBe), **Dr. Steffen Lehndorff** (Sozialwissenschaftler), **Thomas Löber** (Radioclub Böcklerplatz), **Prof. Peter Canisius** (Deutsche UNESCO Kommission), **Hermann Rheindorf** (Journalist), **Dr. Fritz Bilz** (Historiker, Publizist), **Jerry Sommer** (Journalist), **Konrad Gilges** (MdBe), **Gisela Füssel** (Betriebsrat Deutz AG), **Hans Lawitzke** (Europäischer Ford Betriebsrat), **Michael Wackrow** (Betriebsrat ATOS), **Andreas Weierstall** (Betriebsratsvorsitzender), **Hans Weis** (Betriebsrat Ford), **Wiltrud Hensen** (Personalratsvorsitzende StadtService-Betrieb Brühl AÖR), **Roswitha Etheber-Schavier**, **Nicole Ilbertz** (Betriebsrat Federal Mogul), **Dirk Schabram** (Rechtsanwalt), **Winfried Uzelino** (Betriebsratsvorsitzender MEDA Manufacturing GmbH), **Gaby Merl** (MEDA Manufacturing GmbH), **Jaqueline Wurm** (Siegwerk Druckfarben AG & Co. KGaA), **Christiane Krause** (IG BCE, Vertrauensfrau und Mitglied im Bezirksfrauen-Ausschuss Bezirk Köln/Bonn), **Dr. Walter Schulz** (Geschäftsführer, Köln), **Erkan Zorlu** (Migrationsausschuss), **Ümit Öz** (Betriebsrat Ford), **Holger tho Seeth** (Betriebsrat Ford Bank), **Adolf Garagnon** (Betriebsrat Evonik), **Jutta Unger** (Geschäftsführerin Freie Volkbühne Köln e.V.), **Klaus Minartz** (Vorstandsmitglied GEW Köln), **Jürgen Marx**, **Uta Jendl** (IG Metall), **Uwe Dorow** (Evonik), **Klaus Enkler** (Vertrauenskörperleitung Deutz AG), **Meryem Diyap** (Betriebsrat GE), **Florian Brückner** (Kameramann), **Constanze Klaue** (Regisseurin), **Philipp Künzli** (Kameramann), **Manfred Post** (Arsch huh – Vorstand), **Siegfried Haeusler** (Vertrauensmann, Evonik Industries AG), **Gunter Frieser** (Evonik Industries AG), **Kerstin Packert** (Betriebsrat Ford FCSD), **Sahin Uludogan** (Ford), **David Lüdtke** (Ford), **Klaus Josef Bücheler** (Betriebsrat Deutz AG), **Katja Kremer** (Betriebsrat Ford), **Yvonne Paduschek** (Betriebsrat Ford), **Claudia Asmus** (Betriebsrat Evonik Wesseling / Bezirksvorstand IG BCE Köln-Bonn), **Günes Sen** (JAV Boll&Kirch), **Lisa Sendelbach** (Vorsitzende JAV NKT Cables), **Iris Drewke** (Akzo Nobel Deco GmbH), **Claudia Wörmann-Adam** (Mitglied ver.di Gewerkschaftsrat)

Ausführliche Informationen haben wir unter www.Koeln-Bonn.DGB.de/no2percent zusammengestellt.

Der Link zur Unterzeichnung der Online-Petition:

<https://www.openpetition.de/petition/online/no2percent-frieden-geht-anders>



„Welcome United“ - für das Recht auf soziale Rechte!

„Wir werden uns nicht daran gewöhnen, was vor unseren Augen passiert“, hieß es im Aufruf zur „Welcome United“-Parade, die nicht ohne Grund eine Woche vor den Bundestagswahlen stattfand. // **Reiner Schmidt von „Köln gegen Rechts“, seit 40 Jahren GEW-Mitglied**

Unter dem Motto „We'll Come United – fighting for social rights“ versammelten sich am Samstag, dem 16. September 2017, über 7.500 Menschen vor dem Bundesinnenministerium in Berlin. Mit einer großen farbenfrohen Parade sollte ein Zeichen gesetzt werden – inklusive Demozug, Karneval, Theater, Musik und 19 teilnehmenden Wagen.

Den Anlass für diese bundesweite Aktion beschrieben die Organisator*innen schon in ihrem Mobilisierungsflugblatt: „Die Tage werden nicht besser. Das Leid und der Tod sind keine Ausnahme. (...) Menschen werden beleidigt, bespuckt, geschlagen. Die Solidarität von Hunderttausenden wird mit Füßen getreten. Wir werden misstrauisch angeguckt. Sie bauen Zäune, um uns nicht hereinzulassen. Sie schieben uns ab, damit wir verschwinden. Aber wir sind da. Wir bleiben. Wir haben unsere Hoffnung. Wir haben unsere Wünsche. Wir leben. Welcome united.“

Forderungen

Zur Teilnahme aufgerufen hatte ein bundesweites außerparlamentarisches Bündnis, das sich den Namen „We'll Come United“ gegeben hat. Dahinter stehen mehr als einhundert Gruppen wie beispielsweise Organisationen von Geflüchteten aus Afghanistan und afrikanischen Ländern, Roma-Organisationen, „medico international“, „attac“

Deutschland, die „Interventionistische Linke“ (IL) sowie Flüchtlingsräte aus fast allen Bundesländern.

Die Forderungen, die in Berlin vorgebracht wurden, lauteten:

- Für das Recht zu gehen und zu kommen: Stop the dying!
- Für das Recht zu bleiben: Stop the fear!
- Für das Recht auf Solidarität: Break the silence!
- Für das Recht auf Rechte: Stop Racism!
- Für das Recht, nicht gehen zu müssen: Stop global injustice!

Ausgelassene Atmosphäre

Um 13 Uhr setzte sich die Parade vom Bundesinnenministerium aus in Bewegung und zog von dort durch das Regierungsviertel, vorbei am Roten Rathaus bis zum Oranienplatz in Kreuzberg. Dort fand dann bis 21 Uhr ein Abschlusskonzert statt.

Bei einer Zwischenkundgebung am Lustgarten/Humboldtforum trafen sich die Teilnehmer*innen mit Gruppen, die zeitgleich in Mitte gegen den „Marsch für das Leben“ von Abtreibungsgegner*innen demonstriert hatten.

Wie beim echten Karneval waren auch Themenwagen mit dabei. So hatten Flüchtlingshelfer*innen eine Fähre nachgebaut. Auf dem echten Wasser wurde die Parade von einem Schlauchboot des Vereins „Sea-Watch“ begleitet, das parallel auf der

Spree fuhr. Eine der wichtigsten Forderungen der Parade bezog sich auf den bis März 2018 vorläufig ausgesetzten Familiennachzug. „Menschen, die hier leben, müssen endlich ihre Familie nachholen dürfen!“.

Auch Köln war mit dabei!

Angereist waren die Teilnehmer*innen der Parade aus dem ganzen Bundesgebiet mit Zügen und 30 Reisebussen. Auch aus Köln gab es einen Reisebus, in dem ca. 50 Personen mitfahren. Vertreten waren das „Forum Afghanischer Migrant*innen“, die „AG Bleiben“, „kein mensch ist illegal“ Köln, das antifaschistische Aktionsbündnis „Köln gegen Rechts“, die „Interventionistische Linke“ (IL) und Menschen aus Willkommensinitiativen.

In Berlin schlossen sich die Kölner*innen den Wagen der „solidarity cities“ und von „Bleibistan“ an. Ihre Forderungen auf den Transparenten waren u.a.: „Hier geblieben!“ / „Abschiebungen abschaffen!“ / „Es gibt kein sicheres Leben in Afghanistan!“.

Dass unter den Mitfahrer*innen auch 30 Geflüchtete waren, ist ein Erfolg für die gemeinsame politische Arbeit von Geflüchteten-Selbstorganisationen und antirassistischen Initiativen. Auch die GEW Köln hat die Aktion unterstützt. Dafür recht herzlichen Dank an die GEW Köln im Namen der Geflüchteten.



Spendenaufruf für Doğan Akhanli und weitere Opfer der türkischen Justiz

Wir, die Mitglieder des Kölner Vereins „recherche international e. V.“, sind bestürzt darüber, dass der deutsch-türkische Schriftsteller Doğan Akhanli auf Betreiben der Türkei in Spanien inhaftiert wurde. Er wurde zwar nach einem Tag wieder freigelassen, wird aber nun daran gehindert, Spanien zu verlassen und muss dort womöglich mehrere Monate auf einen Gerichtsentscheid über den Auslieferungsantrag der Türkei warten. Ein willkürlicher Übergriff der spanischen Justiz im Auftrag des türkischen Staates, gegen den wir scharf protestieren.

Der 60-jährige Autor lebt seit 1992 in Köln und arbeitet seit vielen Jahren für „recherche international e. V.“. Er ist Mitglied in der internationalen Schriftstellervereinigung PEN. In seinen literarischen Werken und Forschungsarbeiten für den Verein setzt er sich nicht nur für die Unteilbarkeit der Menschenrechte und gegen die Verfolgung Andersdenkender durch das Erdoğan-Regime ein, sondern insbesondere auch für die Aufarbeitung des Genozids an den Armeniern während des Ersten Weltkriegs, der von der türkischen Regierung bis heute geleugnet wird.

„Die jetzige Festnahme zeigt den Versuch Erdogans, seine Macht über die Grenzen seines Landes hinaus auszudehnen und weltweit gegen unliebsame und kritische Stimmen vorzugehen“, so Akhanlis deutscher Rechtsanwalt Ilias Uyar. Die Verfolgung und Inhaftierung von Oppositionellen und Kritikern des türkischen Regimes im europäischen Ausland ist keine Ausnahme. In Spanien muss der schwedisch-türkische Journalist Hamza Yalcin sogar in Haft auf seinen Auslieferungsprozess warten.

In anderen europäischen Ländern werden besonders Kurd*innen auf diese Art verfolgt – auch in Deutschland. Der Griff der Türkei nach seinen Kritiker*innen ist nur möglich, weil sich Sicherheitsbehörden in ganz Europa zu Handlangern von Staatspräsident Erdoğan machen. Mit dieser Zusammenarbeit muss endlich Schluss sein! Ob über Interpol, wie im Falle von Doğan Akhanli, oder in Deutschland über das BKA oder die Verfassungsschutzbehörden: die staatliche Unterstützung für die Verfolgung demokratischer Oppositioneller aus der Türkei im Ausland muss ein Ende haben!

Überdies erwarten wir von der Bundesregierung Aufklärung darüber, warum unser Kollege Doğan Akhanli als deutscher Staatsbürger nicht frühzeitig darüber informiert wurde, dass die türkische Regierung ihn über Interpol zur Festnahme und Auslieferung aus schreiben ließ. Wir bitten für die Finanzierung des Zwangsaufenthalts von Doğan Akhanli, der Prozesskosten und der Solidaritätsarbeit um (steuerabzugsfähige) Spenden. Gelder, die nicht für die Finanzierung des Verfahrens von Doğan Akhanli benötigt werden, werden dem „Rechtshilfefonds für Verfolgte in der Türkei“ übergeben (<http://www.das-kulturforum.de>).

Alle Infos (auch in Englisch, Türkisch oder Spanisch) sowie das Spendenkonto unter:
www.recherche-international.de



Hatte ich je so etwas wie einen Namen?

Die Schriftstellerin Mirijam Günter bietet im deutschsprachigen Raum Literaturwerkstätten für benachteiligte junge Menschen. Hier schreibt sie darüber:

„Wir sind eine Förderschule, bei uns hat ein Literaturprojekt, in dem gelesen und geschrieben wird, nicht so viel Sinn“, eröffnet eine Schuldirektorin das Gespräch mit mir. „Aber wir lesen ganz einfache Texte und Zitate, und die Jugendlichen sollen vor allem über sich schreiben, es kommt überhaupt nicht auf die Rechtschreibung an, sondern auf die Phantasie. Ich biete seit Ende 2006 Literaturwerkstätten in Jugendgefängnissen, Haupt- und Förderschulen, in Kinder und Jugendkliniken, für unbegleitete Flüchtlinge und auch an anderen Orten an und überall hatten die Jugendlichen ein Gespür für Literatur. Ich bin der festen Überzeugung, dass Ihre Schüler das auch haben.“

„Sie kennen unsere Schüler nicht, sie sind sehr speziell und vielleicht auch gar nicht in der Lage, das zu verstehen, was sie vermitteln wollen.“ Innerlich muss ich grinsen, wie oft ich solche Sätze schon hören musste, als hätte es einen heimlich ausgeschrieben bundesweiten Wettbewerb gegeben, wer sich um die schlimmsten und dümmsten Jugendlichen kümmern muss. „Ich werde es einfach versuchen, es wird schon nicht schief gehen, vertrauen sie mir doch einfach mal.“ „Ich habe kein Geld für dieses Projekt, weder für dieses noch für ein anderes. Wir haben kein Geld an dieser Schule, keinen Förderverein und unsere Schüler kommen alle aus armen Verhältnissen.“ Das ist der Normalfall bei meinen Projekten, an den Veranstaltungsorten gibt es nie Geld.

„Ich weiß, wir kriegen das schon hin.“ „Ich halte ihr Engagement für sehr wichtig, verstehen sie mich nicht falsch, ich möchte nur nicht, dass sie nachher enttäuscht sind.“ Ich bekomme es hin, weil Menschen spenden, und ein paar Wochen später ste-

he ich vor zehn neugierigen Schülern. Wir lesen ein Gedicht von Heinrich Heine und ein paar Zitate, jeder in der Gruppe wartet, bis auch der letzte alles verstanden hat. Dann schreiben wir gemeinsam ein Fragegedicht. „Warum“, fragt Matthias, „musste ich weg von meiner geliebten Mama und ins Heim?“ „Wann hört dieses verdammte Leben endlich auf, kompliziert zu sein?“ und „Weshalb haben mich alle verlassen, die ich geliebt habe?“ Weiß ein Erwachsener Antworten auf diese Fragen? Ein paar Tage später schreiben wir eine Biografie und Alexander schreibt: „Hatte ich je so etwas wie einen Namen?“ Bei der Abschlussveranstaltung, bei der ich allen verboten habe, die Schüler auszulachen, staunen die anwesenden Lehrer. Die anfangs skeptische Direktorin ist gerührt und bedankt sich bei den Schülern.

„Ich habe mich gewundert“, erzählt mir ein Lehrer in einer Hauptschule, „plötzlich kam keiner der Jungen mehr zum Sport. Ich konnte das nicht fassen und habe nachgeforscht. Dann stellte sich heraus, sie hatten alle nur diese Billigturmschuhe und die haben nicht gehalten. Geld für neue gab es nicht und dafür haben sie sich dann so geschämt, dass sie nicht mehr in die Halle gekommen sind. Aber ich bin jetzt ein richtiger Profibilligturmschuhreparateur.“

An vielen Projektorten, die ich besuche, werde ich von den Teilnehmern mit den Worten begrüßt, „Willkommen in der Armenschule“ – „Für uns interessiert sich eh keiner“ – „Was wollen sie bei so Asis wie uns?“ Bei älteren Jugendlichen kommt es vor, dass sie bis nachmittags nichts gegessen haben, weil einfach nichts im Haus war, weder Essen noch Geld. Wir interessieren uns für sie, versuchen ich Ihnen immer wieder zu vermitteln. Ihr seid nicht vergessen, wir brauchen euch. Ihr habt ein Recht auf Lite-

ratur. Auch wenn es mir selten gelingt, die literarischen Ergebnisse einem breiten Publikum zu zeigen oder überhaupt in die Öffentlichkeit zu bringen. Bei fast allen Literaturveranstaltungen gibt es Absagen wie: das ist zu viel Arbeit, zu wenig Gewinn oder auch: Wichtiger als der soziale Bezug unserer Autoren ist das Profil der Autoren, da haben unsere Besucher klare Vorstellungen.

Zwei Wochen später verschlägt es mich in eine Jugendarrestanstalt.

„Ich hasse es arm zu sein,“ schreibt eine Siebzehnjährige, „Armut ist das Schlimmste, es ist, wie wenn es einem der Atem stockt, wie ein Bär der kein Winterfell mehr findet.“ Die Verhältnisse, aus denen die jungen Kriminellen kommen, sind ein Verbrechen an ihnen. Viele von ihnen waren Gewalt und sexuellem Missbrauch ausgesetzt, Armut ist der Normalfall, und eine viel zu große Verantwortung für jüngere Geschwister und das Leiden unter einem zerrütteten Elternhaus teilen alle.

Trotzdem lieben sie ihre Familien und ihre Freunde, von denen sie teilweise schon Kinder haben, und wollen alle wieder dort hin zurück. Dies wird immer wieder in den Texten wiederholt. Genauso wie die Frage der Mädchen, ob denn Post für sie gekommen sei. Dies verneint die Sozialarbeiterin jeden Tag. Bei manchen schon in der dritten Woche.

Am Abschlusstag schenken mir die Mädchen ein Bild von Schafen und darunter steht: „Auch schwarze Schafe verstehen etwas von Literatur.“ Zu Hause hänge ich das Bild über meinen Schreibtisch. Es ist mein Literaturpreis.

Kontakt

www.mirijam-guenter.de
0177 3612567

Die Dr. Azubi-Befragung hat wieder begonnen!

Gewerkschaftsjugend fragt nach der Zufriedenheit in der Ausbildung

Seit zehn Jahren befragt die DGB-Jugend NRW Auszubildende in ganz Nordrhein-Westfalen nach ihrer Zufriedenheit in der Ausbildung. In dem sogenannten Ausbildungsreport wird die Qualität der Ausbildung anhand verschiedener Kriterien untersucht, wie zum Beispiel den Arbeitszeiten, der Vergütung und der fachlichen Qualität der Berufsschulen.

Die Befragungen zum Ausbildungsreport NRW 2016 machten u.a. deutlich, dass überlange Arbeitszeiten und fest eingeplante Überstunden für viele Auszubildende zum Alltag gehören: 35,8 Prozent der befragten Auszubildenden leisten regelmäßig Überstunden. 36,9 Prozent haben keinen betrieblichen Ausbildungsplan und nur 55,4 Prozent der Auszubildenden finden die Qualität ihres Berufsschulunterrichts „gut“ oder „sehr gut“.

Der DGB-Ausbildungsreport ist ein jährlicher Gradmesser für die Qualität in der Ausbildung. Er zeigt, was gut läuft und wo es noch Schwierigkeiten gibt. Der Report zeigt auch, welche Branchen eine gute Ausbildung bieten und wo es Nachholbedarf gibt. Die Auswertung erfolgt professionell durch ein wissenschaftliches Institut. Der Ausbildungsreport 2017 für Nordrhein-Westfalen erscheint Ende November.

Für repräsentative Aussagen benötigt die Gewerkschaftsjugend ausreichend ausgefüllte Fragebögen und freut sich über jede Unterstützung! Lehrer*innen an Berufskollegs können die DGB-Jugend bei ihrer Umfrage unterstützen, indem sie in ihren Klassen die Fragebögen ausfüllen lassen. Die ab jetzt erhobenen Daten fließen in den Ausbildungsreport 2018 ein.

Der Ausbildungsreport NRW 2016 und der aktuelle Fragebogen finden sich als Download auf der Seite der DGB-Jugend Köln:

<http://koeln-bonn.dgb.de/themen/++co++83285ac6-948d-11e7-a683-525400e5a74a>

Zudem bietet die Gewerkschaftsjugend 90-Minuten-Unterrichtsmodule an. Diese werden von geschulten Teamer*innen durchgeführt. Es gibt die Möglichkeit der Gestaltung einer kompletten Unterrichtsreihe entlang der Module oder einer thematischen Konzentration auf einzelne Module in einer Doppelstunde. Mit diesen Bildungsangeboten will die Gewerkschaftsjugend den Unterricht sinnvoll ergänzen und die bildungspolitische Partnerschaft zwischen Gewerkschaften und Berufskollegs ausbauen.



Das Angebot:

- Baustein 1: Gesellschaftliche Grundlagen
- Baustein 2: Mitbestimmung
- Baustein 3: Deine Rechte in der Ausbildung
- Baustein 4: Gewerkschaftliche Basisarbeit

Für Rückfragen zu den Dr. Azubi-Fragebögen, Anforderungen der Fragebögen und dem kostenlosen Bildungsangebot steht Ihnen der Jugendbildungsreferent des DGB Köln-Bonn Omer Semmo gerne zur Verfügung.

Kontakt:

Omer Semmo
DGB Köln-Bonn
Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln
E-Mail: omer.semmo@dgb.de
Tel.: 0221-50003211

Womit beschäftigen sich die Arbeitsgruppen der GEW Köln?

Ein Gespräch mit Mitgliedern der Jungen GEW

Das Interview führte Stefan Schüller, Mitglied der „forum“-Redaktion

forum: Was hat Euch motiviert bei der GEW bzw. der Jungen GEW mitzumachen?

Theresa (Studentin Lehramt): Eigentlich hatte ich mit Gewerkschaften bisher gar nichts am Hut. Ich wurde von einer Freundin angesprochen und bin dann einfach mal zu einem Treffen mitgekommen. Die Idee des Solidargedankens fand ich sehr interessant und wichtig. Ich habe mir vorgestellt, wie es wäre, wenn es so eine Institution wie die GEW nicht geben würde. Das wäre schrecklich. Wer würde sich dann für unsere Interessen einsetzen? Ich bin selber dafür verantwortlich, dass es so weiterhin gibt. Wir können uns nicht nur auf andere verlassen, die das schon irgendwie machen. Wir müssen uns selber einbringen, da führt kein Weg dran vorbei.

Henriette (Studentin Erziehungswissenschaften): Ich finde selber auch den Punkt der Mitbestimmung total interessant. Ich bin über einen Stand an der Uni zur GEW gestoßen. Für mich ist Gewerkschaftsarbeit eine Frage der Haltung. Warum sind gerade im pädagogischen Bereich die Löhne so niedrig? Da muss man sein eigenes Schicksal selbst in die Hand nehmen. Eigentlich müssten noch viel mehr Arbeitende im Bildungssektor in der GEW sein.

Yvonne (Lehrerin am Gymnasium): Das war auch mein Gedanke: Gewerkschaftsarbeit kann nur funktionieren, wenn viele Mitglieder aktiv mitarbeiten. Ich war zunächst passives Mitglied und habe mich vor allem wegen der Vorzüge der Mitgliedschaft im Referendariat angemeldet. Nach dem Referendariat habe ich nun wieder mehr Zeit dafür zu kämpfen, dass gewerkschaftliche Errungenschaften erhalten bleiben und weitergehende Forderungen – wie z. B. eine gerechte Bezahlung aller Lehrkräfte - erreicht werden.

Theresa: Ich finde es toll, wenn Mitglieder aktiv werden. Sicherlich sind manche Mitglieder nur wegen unmittelbarer Vorteile für sich selbst in der Gewerkschaft. Das ist auch in Ordnung, aber das geht eigentlich am Solidargedanken vorbei. Deshalb ist es notwendig auf die Dauer, über den Tellerrand hinaus zu schauen und sich in der Gesellschaft einzumischen.

Martin (Lehramtsanwärter Förderschule): Das ist auch eine Stärke der GEW. Wir haben nicht nur das Bildungssystem vor Augen, sondern beziehen auch darüber hinaus gesellschaftspolitisch Position, sei es zum Thema Migration und Integration oder zu Themen wie Steuergerechtigkeit, Rechtspopulismus oder sexuelle Vielfalt. Wir sind mehr als eine Tarifgewerkschaft. Wir sind eine Bildungsgewerkschaft, die auch in die Gesellschaft hinein wirken kann. Dies bietet gerade für viele junge Leute Anknüpfungspunkte zum mitmachen.

forum: Gibt es Überschneidungen mit anderen politischen Organisationen?

Theresa: Ich bin auch noch in der katholischen Kirche aktiv.

Henriette: Es gibt viele Überschneidungen zur Gremienarbeit an der Uni, wie dem StA-VV (Studierenden-Ausschuss der Vollversammlung an der Humanwissenschaftlichen Fakultät). Wir haben z. B. eine Veranstaltungsreihe an der Uni zur Ökonomisierung der Bildung organisiert, die wir auch über die Junge GEW beworben haben.

Martin: Ich glaube, die Schnittmenge zu anderen Gruppierungen ist schon relativ hoch. Es gibt inhaltlich in vielen Bereichen einen Konsens. Es gibt immer wieder Mitglieder, die sich auch in einer Parteijugend, bei den Falken oder in der Kirche engagieren. Aber oftmals ist dies auch ein zeitliches Problem. Dann heißt es: Ich bin schon so viel engagiert, jetzt kann ich mich nicht auch noch in der Gewerkschaft engagieren. Das ist schade. Gerade für diejenigen, die eine Affinität zum gesellschaftlichen Engagement haben, brauchen wir bessere Angebote, sich in der GEW einzubringen.

forum: Was sind die aktuellen Schwerpunkte der Jungen GEW?

Martin: Der große Schwerpunkt unserer Arbeit ist momentan der Aufbau der Jungen GEW Köln. Wir müssen uns als Arbeitsgruppe erst noch etablieren, eine Struktur schaffen, wo junge Leute Anschluss finden können. Damit haben wir Anfang des Jahres vor allem an der Uni angefangen. Wir haben den

1. Mai mitorganisiert. Zur Zeit organisieren wir verschiedene Workshops, z. B. zur Vielfalt in Bildungseinrichtungen.

Theresa: Wir haben auch vor, eine Hochschulgruppe zu gründen.

forum: In der Jungen GEW kommen Refis, junge Lehrkräfte, Hochschuldozentinnen und Erzieher zusammen. Gibt es da keine Komplikationen bei der Organisation?

Yvonne: Primär unterscheiden wir uns von den anderen Gruppen durch unserer Altersstruktur. Jedes Mitglied unter 35 Jahren kann sich bei der Jungen GEW engagieren, wobei die 35 nicht als scharfe Grenze anzusehen ist. Die Vielfalt der Mitglieder, die Du gerade angesprochen hast, sehe ich als Stärke der Jungen GEW. Da wir aus so unterschiedlichen Bereichen kommen, können wir Themen aus vielfältigen Perspektiven anpacken. Wir haben dadurch einen guten Überblick und können uns gegenseitig gut reflektieren. Wie Martin bereits sagte, hatten wir Anfang des Jahres zunächst die Studierenden im Fokus. Mit unserer Kampagne am 1. Mai haben wir uns dann thematisch auch anderen Zielgruppen zugewandt.

Henriette: Oft dominieren schon die Lehramtsstudierenden die Junge GEW, als Erziehungswissenschaftlerin kann man sich da einsam vorkommen. Aber wir haben es inzwischen geschafft, auch Mitglieder aus anderen Bereichen zu werben. Bei unserem letzten Grillen gab es eine enorme Vielfalt.

Martin: Die Junge GEW bildet keine Konkurrenzorganisation zu den Fachgruppen. Für mich ist die Junge GEW vielmehr ein niedrigschwelliges Eintrittstor zur GEW. Das kann auch dazu führen, dass Interesse an der Fachgruppenarbeit vermittelt wird. Die Vielfalt unserer Arbeitsorte, Uni, Kita, Schule, Volkshochschule ist zugleich Reiz und Herausforderung für die Arbeit in der Jungen GEW.

forum: Warum braucht es die Junge GEW?

Theresa: Ich finde die Junge GEW ist eine gute Quelle, wo man an Informationen kommt, die man sich sonst deutlich mü-



HumFestival im Juli 2017 an der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Uni Köln
(v.l.n.r.) Martin Mackenbach, Yvonne Creutz, Nelly Burauen, Sina Derichsweiler, Theresa Ritzenhoff

samer erarbeiten muss. Man bekommt Antworten auf Fragen, die man sich sonst gar nicht stellen würde. Mein Horizont hat sich - gerade was Bildungspolitik betrifft - durch die Arbeit in der Jungen GEW enorm erweitert.

Henrieke: Was meinst Du damit?

Theresa: Mir fällt spontan das Volksbegehren zu G9 ein. Mir war nicht klar, warum es aus einer emanzipatorischen Sicht Gründe dagegen geben sollte. Mir war die Kritik daran gar nicht so transparent, ehe ich nicht eine Veranstaltung der GEW besucht habe.

forum: *Wie sieht es aus mit dem Einfluss in der „alten“ GEW?*

Martin: Wir haben beispielsweise einen Sitz im Vorstand und sind in der DGB-Jugend vertreten. Überall versuchen wir uns einzubringen und Ideen und Perspektiven einzubringen. Die Arbeit der Jungen GEW kann viel zum Umdenken beitragen. Ich glaube nicht, dass es dabei um einen Umsturz geht, sondern vielmehr um alternative Ansätze. Wie kann Gremienarbeit organisiert werden, damit sie für junge Leute attraktiv ist und ihnen Zugänge ermöglicht? Wir möchten dafür sensibilisieren, wie es ist, neu in die Gewerkschaft zu kommen. Man muss ehrlich sagen, dass unsere Gewerkschaftsstrukturen teilweise sehr alt sind. Barrieren lassen sich z. B. allein dadurch abbauen, dass man Vorstellungsrunden macht und Namensschilder

aufstellt. Oft sind es Kleinigkeiten, die junge bzw. neue Mitglieder abschrecken, Gremienarbeit zu machen. Aber nicht nur im Kleinen können wir die Dinge verändern, die Junge GEW setzte auch einige Impulse auf dem bundesweiten Gewerkschaftstag.

forum: *Was haltet Ihr vom Ausgang der Landtagswahl? Habt Ihr Wünsche an die neue Landesregierung?*

Theresa: Mein erster Impuls war: Oh, Gott, wie schrecklich! Die Akzente, die die neue Landesregierung setzen will, klingen für mich nach Eliteförderung. Auch wenn ich Gymnasiallehrerin bin, war das nicht in meinem Sinne. Es ist zwar noch nicht so viel passiert, aber ich bin der neuen Landesregierung gegenüber skeptisch eingestellt.

Henrieke: Wir haben uns direkt zu Anfang der Woche mit einem breiten Bündnis aus StAVV, ASTA, Falken, Linken und SPD getroffen, um eine Petition gegen die Studiengebühren, die jetzt eingeführt werden sollen, zu starten. Wir hatten auch am 21.6. eine Aktion mit der Gruppe „Lernfabriken meutern“ vor dem Albertus-Magnus-Platz durchgeführt. Es geht darum, die Ökonomisierung der Bildung zu bekämpfen. Wir werden im Bewusstsein der neuen schwarz-gelben Landesregierung präsent sein und bleiben.

Martin: Ich glaube, dass die neue Landesregierung ganz viele Baustellen hat, die junge GEW-Mitglieder betreffen. Studiengebühren

wurden gerade bereits angesprochen. Das Lehramtsreferendariat muss reformiert werden, es ist immer noch zu überfrachtet für diesen kurzen Zeitraum. Viele junge Kolleginnen und Kollegen geraten da an ihre emotionalen Grenzen, aber auch der Berufseinstieg muss so gestaltet werden, dass er von den Kolleginnen und Kollegen bewerkstelligt werden kann. Die Arbeitsbedingungen für die Erzieherinnen und Erzieher müssen verbessert werden. Alles betrifft auch immer junge Kolleginnen und Kollegen. Wir wissen, dass unsere Gesellschaft immer älter wird und wenn gerade junge Kolleginnen und Kollegen verheizt werden, wird es Engpässe beim Personal geben, weil sich dann die Leute doppelt überlegen, ob sie noch in einem solchen Beruf arbeiten wollen. Die Arbeitsbedingungen müssen so sein, dass man eine langfristige Perspektive im jeweiligen Beruf hat. In diesem Zusammenhang möchte ich noch sagen: Die Junge GEW lebt vom Mitmachen. Alle sind herzlich eingeladen, sich einzubringen und zu engagieren. Wir sind eine Plattform zum Ausprobieren und Umsetzen von gewerkschaftlichen Themen. Das hat sich mit dem Regierungswechsel nicht geändert.

Yvonne: Die grundsätzliche Offenheit unserer Gruppe möchte auch ich betonen. Kommt zu unseren Montagsmeetings und/oder zu anderen Treffen/Aktionen! Wir freuen uns über alle, die bei uns mitmachen wollen, und sind neugierig auf Ideen neuer Mitglieder.

Unsere Jubilare



2016 und 2017

50

50-JÄHRIGES-JUBILÄUM

Manfred Dahl
Wolfgang Dettmar
Heike Dintelmann
Ursula Dittrich
Heidi Eilers
Bernhard Gruber
Udo Hecken
Regina Klettke
Christine Oberhäuser
Falk Ponfick
Renate Stock
Marianne Trompeter
Walter Ueding
Ilse-Ruth Winter

40

40-JÄHRIGES-JUBILÄUM

Waltraut Adameit
Klaus Adrian
Barbara Albert
Elisabeth Anke-Schmidt
Johannes Baers
Maria-Katharina Bahntje
Werner Balfer
Angela Bankert
Gerd Bartel
Fred Bauland
Christa Bazzazian
Reinhard Behne
Heinz-Erhard Benfer
Reinhard Bergholtz
Karl-Josef Bergner
Ludgera Best
Klaus Beyer
Gisela Blankenburg
Margret Böddicker-Graf
Manfred Brinkmann
Ingrid Bröhmer
Barbara Brokamp
Ursula Carl
Ilona Caroli
Ute Cartus-vom Hövel
Barbara Ciuraj
Elisabeth Deserno
Rainer Ehrke
Wolf Ellerwald
Thorsten Ellger
Felizitas Erb
Angela Erle
Wolfgang Erlinghäuser
Roland Eschner
Angelika Eßer
Christa Eumann-Kuehnen
Anne Fehr
Brigitte Feierabend
Karl-Heinz Flock-Reimer
Margret Fongern
Walter Frowein
Hildegard Fuhrmann
Ursula Fusswinkel
Christa Ganschow
Ulrike Garnier-Weiss

Beate Gehrke-Bramhoff
Ute Geuß
Beate Gröschel-Lehmbruck
Bernd Guertler
Anna Hiltrud Haas
Heidrun Hagemann
Thekla Haub-Felber
Renate Heiliger-Tüffers
Peter Heim
Hans Henin
Ingrid Henkes
Claudia Hertle
Inge Hilbig
Ursula Hoffmann
Barbara Hofmann
Gerd Holldack
Monika Holtschneider
Elke Holzapfel
Friedrich-Wilhelm Jabsen
Thomas Jaitner
Peter Jansen
Wolfgang Kammann
Regina Kehr
Elvira Keller
Hans-Hermann Kindervater
Monika Kirfel
Elisabeth Kirsch
Roswitha Kleffner
Lieselotte Klein-Diermeier
Bernadette Kleve
Jutta Klingler
Gerta Klüwer
Brigitte Kratz
Wolfgang Krautner-Wilms
Werner Kreuter
Karin Kubitz
Annette Küppers
Hubert Kusterer
Maria Laepple-Steininger
Ruediger Lang
Volker Laube
Peter Lauvenberg
Gertrud Leijser-Salisch
Susanne Lenz
Klaus-Dieter Loeper
Irmtrud Lohmar
Erica Lohrscheid
Helga Lutz
Werner Majoli
Margarete Mertens
Ulrike Meyer
Helmut Meyer
Karin Michel

Juergen Milchert
Michael Mohr
Michael Mönkemeyer
Juditha Moriser
Marlene Nilges
Angela Oldenbürger
Christa Orłowski
Hubert Panzram
Mechtild Peters-Hohlbaum
Ila Philipp
Hubert Rehbein
Ulrich Rein
Angelika Rohbeck
Linda Rumich
Gisela Sahr-Blome
Edith Samson
Ulrike Sanio
Jutta Schaffarczyk
Heidi Scheffel
Reiner Schmidt
Hans-Joachim Schmidtke
Brigitte Schmidt-Mund
Marlis Schneider
Christian Schönfelder
Lutz Schörken-Koch
Gaby Schuld
Bärbel Schulz
Bettina Schumann
Jutta Schützler
Gabriele Selas
Edmund Siefener
Rolf Soentgen
Heiner Sürth
Michael Thau
Renate Theiß
Wolfgang Theiß
Jürgen Vianden
Dietrich Vogel
Jürgen Vohmann-Aldermann
Adelheid Wagner-Kreutz
Monika Waldfried
Armin Wambach
Hans-Georg Wehner
Karl-Robert Weigelt
Beate Weinhardt
Dietrich Weinkauff
Monika Weiß-Imroll
Margarete Wiesner
Heinrich Wild-Matejka
Klaus Wohlt
Hermann Wübbels
Elisabeth Zimmermann-Löhr







25

25-JÄHRIGES JUBILÄUM

Anne Bank-Lickenbröcker
 Hannspeter Bauer
 Norbert Besancon
 Astrid Beul-Frings
 Iris Binder
 Michael Blatzheim
 Regine Brand-Schmidlein
 Heiner Brokhausen
 Jens Brünink
 Angela Calenberg
 Elke Coerlin
 Maria Cruz-Sagredo y Garcia
 Anke Dennhardt
 Marion-Elisabeth Dick
 Irmgard Diening
 Silke Eppinger
 Joachim EBER
 Ute Fahl
 Claudia Flesch
 Ute Florack
 Ulrike Foerster
 Florian Gaba-Benninghoven
 Joachim Giesen
 Christiane Glaeser
 Andrea Haas
 Brigitte Hackl
 Gabriele Hamm
 Helga Haug
 Michael Heid
 Matthias Heidelberg
 Judith Heidler
 Stephanie Heitmann
 Kirsten Hellenkemper
 Sophia Henze
 Maria Herbers
 Werner Herm-Stapelberg

Elke Hoheisel-Adejolu
 Claudia Horstmann
 Nigar Idik
 Natascha Imig-Böcker
 Beate Jansen
 Martina Kaiser
 Dorothee Kammann
 Andreas Kastner
 Birgitta Keil
 Eva-Susan Klinkott
 Peter Koch
 Marietta Kolkmann
 Elvira Komescher
 Sabine Kraft
 Dirk Köhlert
 Sylvia Langer
 Markus Langner
 Sigrid Launer-Kraeber
 Ursula Lincke
 Anke Lug
 Ellen Matheis
 Martina Meckbach
 Martina Menschel-Lahrman
 Hildegard Merten-Minartz
 Dagmar Messer
 Sabine Meyer
 Christine Oligslagers-Barteczko
 Kora Ott
 Gerald Penzl
 Christina Piorkowski
 Dorothee Plass
 Werner Plogstert
 Jutta Rappelt
 Carla Rautenbach
 Brigitte Redemann-Runte
 Willi Reiter
 Sabine Saebel-Bau
 Susanne Schepansky

Eva Schmidt
 Maria Schmitz
 Florian Schmitz
 Christian Schnadt
 Christian Schneider
 Frank Schneider
 Gisela Schöttke
 Christoph Schulenkorf
 Joachim Schulz
 Evelyn Schuster
 Peter Schuster
 Doris Seidel
 Ralf Sieger
 Elke Sommer
 Wolfgang Steinebach
 Peter Struzina
 Ursula Thelen-Daniel
 Guy Thorn
 Dirk Tiemeier
 Cordula Topp
 Monika Tromnau
 Gabriele Ufermann
 Jürgen van Loosen
 Gabriele Viell-Wennekers
 Birgit Vockel

Renate Weber
 Ulrike Weyel
 Margret Wiegand
 Anna Zimmermann
 Heinrich Wild-Matejka
 Klaus Wohlt
 Hermann Wübbels
 Elisabeth Zimmermann-Löhr
 50jähriges Jubiläum
 Manfred Dahl
 Wolfgang Dettmar
 Heike Dintelmann
 Ursula Dittrich
 Heidi Eilers
 Bernhard Gruber
 Udo Hecken
 Regina Klettke
 Christine Oberhäuser
 Falk Ponfick
 Renate Stock
 Marianne Trompeter
 Walter Ueding
 Ilse-Ruth Winter





Skulpturenpark Köln

Kunst im Freien und umsonst

// **Helga Pennartz, Aktive Ruheständler*innen KV Rhein-Berg**

Der Skulpturenpark Köln ist ein ca. 4 ha großer Park mit Außenskulpturen deutscher und internationaler Künstler*innen und liegt gut versteckt zwischen Rheinuferstraße und Zoo. Geöffnet ist er täglich ab 10.30 Uhr, der Eintritt ist frei.

Der Park geht auf eine Privatinitiative des Sammlerehepaares Dr. Michael und Dr. Eleonore Stoffel im Jahr 1997 zurück. Nach dem Tod des Sammlerehepaares Stoffel übernahm die neugegründete gemeinnützige Stiftung die Aufgabe, die Zukunft des Skulpturenparks institutionell zu sichern und als Ort der künstlerischen Dialoge und des Nachdenkens in dieser einmaligen Symbiose von Natur und Kunst zu erhalten.

Konzeptioneller Unterschied zu anderen Skulpturenparks ist, dass er als „Ort für die Auseinandersetzung mit der zeitgenössischen Skulptur“ angelegt ist. Es gibt keine Dauerausstellung, stattdessen wird regelmäßig nach zwei Jahren ein Teil der ausgestellten Skulpturen durch neue ersetzt. Einige wenige Ausstellungsstücke verbleiben dauerhaft.

Wenn man – wie ich – kaum Ahnung von modernen Skulpturen hat, fällt es schwer die jeweiligen Ausstellungsstücke zu verstehen. Aber unter der sachkundigen Führung der Kunsthistorikerin Frau Trellopoulou-Pauli entwickelte sich während des Besuches ein differenzierter Blick auf einzelne Exponate. Nachfolgend einige Ausführungen zu dauerhaften Ausstellungsstücken.

Die Garden Gallery - ein sechseckiges offenes Gebäude von Sou Fujimoto - kann als ein Wahrzeichen des Skulpturenparks angesehen werden. Aus dem Inneren heraus er-

gaben sich für uns immer wieder neue Blickwinkel, Ausschnitte der Parklandschaft erschienen als gerahmte Bilder. Den Innenhof des Gebäudes dominiert ein Baum und die Reliefskulptur Rheinwein von Hubert Kiecol. Die Bodenfläche ist naturbelassen und hält damit das Spannungsverhältnis zwischen Innen- und Außenraum offen.

Rosemarie Trockel gestaltete mit zwei hängenden Atlaszedern, die etwas jämmer-

lich ausschauen, und einer Aluminiumstütze den L'Arc de Triomphe (den armselige Baum). Ulrich Rückriem verzichtet bei seinen Skulpturen bewusst auf den Sockel. Die Steine sind in den Boden eingelassen. Sie wachsen als stumme Stelen aus dem Grund. „Granit Bleu de Vire“ ist ein Ensemble aus vier Steinen, das auf einen quadratischen Grundriss gestellt wurde. Die Blöcke haben gleiche Maße und sind dennoch durch Oberflächenbeschaffenheit und Bruch individuell.

Das Spartakus Catering von Heimo Zobering ist nicht nur ein Kunstwerk, es lädt zum Picknick ein. An sieben Stellen im Park waren kreisrunde Kunstrasenstücke ausgelegt; Orte, an denen man sich eingeladen fühlen sollte, sich zu setzen. Von Karin Sanders Konzeption, die Typenbeschreibung des Rasens trägt den Namen „Paradise“, ist nur noch eine vorhanden.

Auch unserer Kunsthistorikerin fehlte eine passende Interpretation zu einem für meine Verhältnisse normal angelegten Parkplatz für ein Auto, wie er in jedem Vorgarten zu finden ist. Nicht für alle Werke erschließt sich also immer der Sinn. Öffentliche Führungen durch den Park finden jeden ersten Sonntag im Monat, um 15 Uhr statt, Treffpunkt: Parkeingang Riehler Straße. Man kann sich aber auch mittels QR-Code informieren.

Wir besuchten den Park in einer Zeit des Umbruchs. Mehrere Flächen waren frei geräumt und warten auf neue Exponate. Am 15. Oktober 2017 wird die neunte Ausgabe KölnSkulptur, kuratiert von Chus Martínez, im Skulpturenpark Köln eröffnet, der in diesem Jahr sein 20jähriges Bestehen feiert. Ich war sicher nicht zum letzten Mal da, ein Besuch lohnt sich.

Ruheständler*innen – jetzt online



Sie sind Ruheständler*in und möchten noch schneller über die Veranstaltungen unserer Aktiven Ruheständler*innen informiert werden? Dann melden Sie sich einfach bei uns und teilen uns Ihre E-Mail-Adresse mit. So können wir Sie direkt mit den neuesten Infos, Führungen und Veranstaltungstipps versorgen.

Iran

Besuch der Iranausstellung in der Bundeskunsthalle Bonn // **Helga Pennartz, Aktive Ruheständler*innen KV Rhein-Berg**

Wer nicht gerade Vorderasiatische Geschichte studiert hat, dem dürfte beim Stichwort „Antike Kulturen des Iran“ nicht allzu viel einfallen. Man erinnert sich bestenfalls an die Perserkriege, von denen einmal im Geschichtsunterricht – es ist lange her – die Rede war. Mit dem Besuch der Bonner Ausstellung „Frühe Kulturen zwischen Wasser und Wüste“ wollten die Ruheständler*innen der GEW eine Wissenslücke schließen.

Das von Gebirgen umschlossene Land Iran vereint gewaltige landschaftliche Gegensätze: Vom ewigen Schnee auf den Gipfeln von Alborz und Zagros bis in die Glut Hitze der Wüste Lut. Iran ist ein Land der Kontraste, ein Land der Extreme. Doch zwischen den Extremen, in den Tälern der Gebirge, an den Rändern der Wüsten und am Ufer des Kaspischen Meeres blühten fruchtbare Oasen mit üppiger Vegetation. In solchen paradisischen Nischen haben Menschen seit ihrer Sesshaftwerdung im 8. Jahrtausend v. Chr. ihr Auskommen gefunden, dort haben sie Dörfer, später Städte gegründet.

400 Exponate umfasste die Ausstellung, mit Funden aus dem 7. Jahrtausend v. Chr. bis ins 5. Jahrhundert v. Chr. allesamt aus dem Iran, in erster Linie aus dem Nationalmuseum in Teheran und diversen Provinzmuseen. Sie schlugen einen Bogen von den frühen sesshaften Bauern bis zur Gründung des persischen Groß-Reiches.

„Tanz“ hieß das erste Kapitel der Ausstellung, zunächst ungewöhnlich für eine



Population, die sesshaft wurde. Doch, was die frühen Künstler dieser Gesellschaft um 5.600 v. Chr. auf Tonschalen und bauchigen Gefäßen festhielten, waren agile Tänzer und Tiere in Bewegung. Ein Zeichentrickfilm der iranischen Künstlerin Mariam Bayani zeigte, wie Formen der Natur, wie Tiere sich tänzerisch in Ornamente verwandeln – im Takt schwungvoller persischer Musik.

Von den frühen Bauern ging es in das Zeitalter des Austauschs. Themen waren hier Handel und Handwerkskultur im südöstlichen Iran. Das erste Reich auf iranischem Boden war das Reich Elam, das – abseits der großen Weltgeschichte – um etwa

3.500 v. Chr. entstand. Das legendäre Königreich Elam mit der Hauptstadt Susa war eines der prächtigsten Reiche vor 5.000 Jahren. An wichtigen Handelsrouten zwischen Ost und West, Nord und Süd gelegen, profitierten die Herrscher vom Austausch der Waren.

Eine Attraktion aus dieser Zeit waren fantasievoll geschnitzte Specksteingefäße aus dem dritten Jahrtausend v. Chr. Bei einer Razzia gingen sie 2001 den Behörden ins Netz, sie stammten aus Raubgrabungen in bronzezeitlichen Nekropolen nahe der Stadt Dschiroft. Im letzten Teil der Ausstellung, die sich dem Aufstieg und Niedergang des persischen Großreiches widmete, war eine weitere Attraktion zu sehen: Der Schmuck aus einem Grab zweier elamischer Prinzessinnen. 2007 entdeckten Bauarbeiter die Grabstätte aus dem sechsten Jahrhundert v. Chr. mit zwei Bronzesarkophagen. Dieser Fund datiert aus der Zeit Kyros des Großen (590–530 v. Chr.), der als persischer König (Schah) das erste Weltreich der Geschichte gründete, das altpersische Großreich. Um 500 v. Chr. erhoben sich die Griech*innen gegen die persische Herrschaft, womit die Perserkriege eingeleitet wurden. Im Jahr 335 v. Chr. beendete Alexander der Große mit seinem Sieg über Darius III. das persische Weltreich.

Zeitgleich mit der Ausstellung lud ein persischer Garten auf dem Museumsplatz zum Verweilen und Genießen ein. Im Iran gehören gleich mehrere Gärten und Gartenanlagen zum UNESCO-Weltkulturerbe. „Man muss nicht erst sterben, um ins Paradies zu gelangen, solange man einen Garten hat.“ Dieses persische Sprichwort zeugt von der Bedeutung und Wertschätzung der Gärten im Iran. Tatsächlich geht das moderne Wort „Paradies“ auf den avestischen Begriff pairidaeza (Umfriedung) zurück. Daraus wurde im Mittelpersischen Pardes und in der griechischen Überlieferung paradeisos. Den ältesten überlieferten persischen Garten ließ Kyros der Große im 6. vorchristlichen Jahrhundert anlegen.

Einladung zur großen Sonderausstellung des Frühwerks des venezianischen Malergenie
Jacopo Tintoretto (1518-1594) anlässlich seines 500. Geburtstags im Wallraf-Richartz-Museum

„Tintoretto – A Star Was Born“

Dienstag, 19. Dezember 2017

Wir treffen uns um 13.15 Uhr im Foyer des Museums. Die Führung dauert 75 Minuten.
Kosten: 10 Euro

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt; deshalb bitte bei der GEW-Geschäftsstelle (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de oder Telefon: 0221-516267) verbindlich anmelden und im Verhinderungsfall auch wieder abmelden!

Ab 16 Uhr haben wir im Fassbender Café Jansen für unseren traditionellen Adventskaffee reserviert; dazu bitte bei der Anmeldung die Teilnahme mit angeben.

Einladung zur GEW-Sonderjahreshauptversammlung 2017

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Jahreshauptversammlung im letzten Jahr hat den Kölner Vorstand beauftragt, die Satzung des Stadtverbands zu überprüfen und den aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Auch sollte überlegt werden, ob Teile der jetzigen Satzung in eine neu zu gestaltende Geschäftsordnung und Wahlordnung für den Stadtverband Köln überführt werden.

Der Vorstand hat eine Satzungskommission eingesetzt und legt nun das Ergebnis der Beratungen der Sonderjahreshauptversammlung vor. Der Entwurf kann abgerufen werden auf der Kölner GEW-Webseite unter „Wir in Köln“ und Menüpunkt „Vorstand“

<https://koeln.gew-nrw.de/wir-in-koeln/vorstand.html>

nachdem man sich mit seinen Mitglieder-Zugangsdaten einloggt hat.

**Die Sonderjahreshauptversammlung findet statt am
Mittwoch, 29. November 2017
um 18.00 Uhr**

im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, Großer Saal.

Anträge – auch zur Satzung – müssen bis zum 22. November in der Geschäftsstelle eingehen.

Tagesordnungsvorschlag:

1. Begrüßung und Formalia
 - Wahl einer Versammlungsleitung und Protokollführung
 - Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
2. Politisches Referat und Diskussion zum Thema Lehrkräftemangel
3. Beschlussfassung über eine neue Satzung des Stadtverbands Köln
 - Vorstellen des Satzungsvorschlags, Beratung und Abstimmung
 - (für Satzungsbestimmungen ist eine 2/3 Mehrheit erforderlich)
4. Beschlussfassung über eine Wahlordnung des Stadtverbands
 - (mit einfacher Mehrheit)
5. Anträge und Verschiedenes

Es wird ein Imbiss gereicht. Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen.

Mit kollegialen Grüßen
Geschäftsführender Ausschuss
GEW Stadtverband Köln